

1 Beschlossen auf dem ersten Landesausschuss des Geschäftsjahres 2003 / 2004 am 28. und 29. Februar 2004 in  
2 Darmstadt

3

#### 4 **Für eine demokratische Landesschülervertretung**

5 *Neun Forderungen an den Landesschulsprecher. Damit Schüler vertreten werden.*

6

#### 7 Inhalt

8

|    |   |           |
|----|---|-----------|
| 9  | Vorbemerkung  | Zeile 22  |
| 10 | Forderungen   | Zeile 56  |
| 11 | Programmatik reformieren                                | Zeile 58  |
| 12 | Geschäftsführung entfernen                              | Zeile 67  |
| 13 | Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat vorerst einstellen  | Zeile 77  |
| 14 | Bündnisarbeit verbessern                                | Zeile 93  |
| 15 | Basisarbeit intensivieren                               | Zeile 118 |
| 16 | Weibliche LSR-Mitglieder nicht mehr diskriminieren      | Zeile 126 |
| 17 | Ideologien verbannen                                    | Zeile 141 |
| 18 | Leistungsgerechtigkeit fördern                          | Zeile 159 |
| 19 | Bekennung zu den christlichen Grundwerten verwirklichen | Zeile 176 |
| 20 | Wahlkämpfe unterlassen                                  | Zeile 196 |

21

#### 22 1. Vorbemerkung

23

24 Innerhalb der letzten fünf Jahre waren fast alle Landesschulsprecher Mitglied der Jungdemokraten/Junge Linke  
25 (JD/JL). Diese Organisation ist ein parteiunabhängiger Jugendverband, der jedoch linksextremistische Positionen  
26 vertritt. Einige Beispiele seien hier aufgeführt (Auszüge aus dem Grundsatzprogramm der Jungdemokraten/Junge  
27 Linke Hessen):

28

29 "Die JD/JL fordert das Abschaffen von Noten, die freie Lehrerwahl und die weiterentwickelte integrierte Gesamt-  
30 schule als Regelschule."

31

32 "Die JD/JL postulieren ein Recht auf Rausch und fordern die Legalisierung aller Drogen!"

33

34 "Alle hier lebenden Ausländer müssen alle Bürgerrechte einschließlich des Wahlrechtes bekommen, wir fordern zu-  
35 dem die Abschaffung des völkischen Staatsbürgerschaftsrechts."

36

37 "Die JD/JL fordert die Überwindung der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse und tritt für die Vergesell-  
38 schaftlichung der Produktionsmittel ein"

39

40 Durch diese Prägung übernahm die LSV Hessen immer mehr politische Positionen der JD/JL, fast alle Ämter  
41 wurden mit JD/JL-Funktionären besetzt. Die Positionen der JD/JL übertrug die LSV zu großen Teilen in ihr  
42 Grundsatzprogramm und andere Beschlüsse, wie z. B. die "Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2003" (Auszüge aus  
43 beiden Dokumenten):

44

45 - "Die LSV Hessen lehnt die Bewertung von (...) Schülern durch Ziffernoten generell ab."

46 - "Für die Legalisierung von allen Drogen. Wir wollen konsumieren, was uns gefällt!"

47 - "Die LSV Hessen spricht sich im Allgemeinen gegen Abschiebung aus."

48 - "Wenn Schulen eine Finanzautonomie übertragen wird, wird die Privatisierung von Schule und Bildung  
49 beschleunigt (...)."

50

51 Seit der Sitzung des Landesschülerrats im Januar hat die Landesschülervertretung nun einen neuen Landesvorstand.  
52 Dieser beansprucht für sich, mit diesen Methoden aufzuräumen und die Landesschülervertretung wieder zu einer  
53 demokratischen Vertretung aller hessischen Schüler machen zu wollen. Ein glaubwürdiger Wandel setzt jedoch mehr  
54 als nur Ankündigungen und guten Willen voraus.

55

#### 56 Unsere neun Forderungen:

57

#### 58 1. Programmatik reformieren

59

60 Die Schüler Union begrüßt die im Vorwort erwähnte Abschaffung des "Grundsatzprogramms der Landesschüle-  
61 rInnenvertretung" und sieht sich in einer ihrer ureigensten Forderungen bestätigt. Gleichzeitig fordern wir jedoch die  
62 Aufhebung aller auf der Basis des Grundsatzprogramms gefällten Folgebeschlüsse (z. B. bei Projekten) durch den  
63 Landesschülerrat und die Verabschiedung eines schulpolitischen Programms. Wir empfehlen dem Landesschülerrat,

64 sich hier an den "21 Thesen für 21. Jahrhundert" und dem "Schulpolitischen Programm" der SU Hessen zu  
65 orientieren. Wir fordern, dass der LSV-Vorstand bereits auf dem nächsten LSR einen entsprechenden Antrag ein-  
66 bringt.

## 67 2. Geschäftsführung entfernen

68 Der Landesvorstand der Landesschülervertretung soll die Entlassung der kompletten Geschäftsführung beschließen.  
69 So war die Geschäftsführerin Carmen Ludwig neben ihrer Tätigkeit für die Landesschülervertretung auch für die  
70 verfassungsfeindlichen Jungdemokraten und in anderen radikalen politischen Vereinen und Aktionen tätig, es ist  
71 anzunehmen, dass sie in Verstöße gegen den Datenschutz, bewusstes Ausspionieren von Schülervertretern und Be-  
72 hindern von Delegierten und SV-Engagierten verwickelt war.

73 Zwar sind wir uns der Tatsache bewusst, dass nicht alle Mitglieder der Geschäftsführung ein ähnliches Verhalten wie  
74 Carmen Ludwig an den Tag legten und legen, sehen allerdings in einem radikalen Schnitt die einzig mögliche Lösung,  
75

## 76 3. Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat vorerst einstellen

77  
78 Der Landesbeirat hat laut Gesetzgeber die Aufgabe, die Landesschülervertretung zu beraten, nicht aber zu be-  
79 einflussen. Dies ist in der Vergangenheit aber durch die Vorsitzende des Gremiums, Regina Köhler, passiert.

80 Frau Köhler, die dieses Amt seit 16 Jahren ausübt und alle JD/JL-Landesschulsprecher unterstützt hat, ist ebenso  
81 wie alle anderen Landesbeiräte Mitglied der GEW. Alle Landesbeiräte unterstützten auch Demonstrationen gegen die  
82 Hessische Landesregierung.

83 Wir stellen fest, dass durch diese Punkte die Neutralität des Landesbeirates verloren ging und fordern Frau Köhler  
84 zum Rücktritt auf. Nach 16 Jahren ist es Zeit für neue (neutralere) Gesichter.

85 Zudem ist der Landesschülerrat aufgefordert, künftig nicht mehr nur GEW-Mitglieder in den Landesbeirat zu wäh-  
86 len, auch Vertreter des Philologenverbandes, des Deutschen Lehrerverbandes und des Verbandes Bildung und Erzie-  
87 hung sollten im Landesbeirat vertreten sein. Nur so ist ein vielfältiger Austausch politischer Meinungen möglich.

## 88 4. Bündnisarbeit verbessern

89  
90 Nach Informationen der Schüler Union ist die LSV in folgenden Bündnissen Mitglied (Antragsmappe Januar-LSR  
91 2004, Seite 7, Zeile 35-40):

- 92 - Bündnis "Bildung für Alle":
- 93 - Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit
- 94 - Bündnis "Weltoffenes Hessen"
- 95 - Bündnis "Initiative Bildungsgerechtigkeit"
- 96 - Aktionsbündnis gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel
- 97 - Bündnis gegen konfessionellen Religionsunterricht

98  
99 Diese Bündnisse wurden alle vorwiegend von der ehemaligen stellvertretenden Landesschulsprecherin Silke Ritter im  
100 Zusammenhang mit der LSV vorangetrieben und sind ausschließlich politisch links. Zudem sind in zahlreiche  
101 Bündnisse die JD/JL integriert, es erscheinen also regelmäßig gemeinsame Schriftstücke von JD/JL und LSV.

102 Die Ziele der Bündnisse halten wir für völlig falsch: So ist die Forderung des Bündnisses "Initiative Bildungsge-  
103 rechtigkeit" die "Legalisierung aller Illegalisierten", also de facto eine völlige Freigabe aller Einwanderungsbestim-  
104 mungen.

105  
106 Wir fordern den Landesschulsprecher auf, aus allen oben aufgeführten Bündnissen auszutreten. Außerdem ist eine  
107 gleichberechtigte Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften innerhalb der Bildungspolitik anzustreben (also  
108 ohne JD/JL), auch das ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Bündnisse sollen in Zukunft nur noch auf dem  
109 Boden des Schulgesetzes gebildet werden, nicht mehr mit Parteien, Gewerkschaften und dubiosen politischen Grup-  
110 pierungen, sondern nur noch mit Schülervereinigungen und anderen Schülervertretungen.

## 111 5. Basisarbeit intensivieren

112  
113 Die Schüler Union stellt fest, dass Landesschulsprecher Martin Griga seit seinem Amtsantritt die Delegierten regel-  
114 mäßig per E-Post-Rundbrief informiert. Wir begrüßen das.

115  
116 Gleichzeitig fordern wir, dass der Landesvorstand auch KSR-Vorstände und Schul-SVen sowie Gruppen von Schü-  
117 lerorganisationen besucht. Er muss im ständigen Basiskontakt bleiben.

## 127 6. Weibliche LSR-Mitglieder nicht mehr diskriminieren

128

129 Ein weiteres Überbleibsel aus der linksextremistisch geprägten Epoche der Landesschülervertretung ist die Frauen-  
130 quote innerhalb des Landesschülerrates. Demnach müssen alle Ämter fast gleichmäßig mit weiblichen und männli-  
131 chen Schülern besetzt werden, sogar bei der Reihenfolge der Wortmeldungen ist auf die Verteilung der Geschlechter  
132 zu achten.

133

134 Die Schüler Union Hessen stellt fest, dass hiermit Frauen unterstellt wird, sie bedürften eines besonderen Schutzes  
135 durch eine Quote, um ihre Interessen zu vertreten. Wir halten dies für ein Relikt aus einer anderen Generation und  
136 glauben, dass Frauen auch ohne Quote qualifiziert genug sind, um Verantwortung zu übernehmen.

137

138 Wir sehen in der jetzigen Regelung eine Diskriminierung der des weiblichen Geschlechts und fordern den Landes-  
139 schülerrat auf, einem Antrag auf Abschaffung der Frauenquote, der im nächsten LSR vom LSV-Landesvorstand ge-  
140 stellt werden wird, zuzustimmen.

141

## 142 7. Ideologien verbannen

143

144 Trotz der positiv hervorzuhebenden strukturellen Änderungen innerhalb der Landesschülervertretung stellen wir  
145 fest, dass es noch keine wirklichen inhaltlichen Reformen innerhalb der LSV gegeben hat (von der Abschaffung des  
146 Grundsatzprogramms abgesehen).

147

148 Die Schüler Union Hessen fordert daher, dass sich die LSV Hessen endgültig von der Ideologie der 68er-Generation  
149 verabschiedet! Wir fordern hier insbesondere ein klares Bekenntnis zum dreigliedrigen Schulsystem. Der Landes-  
150 schulsprecher ist aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung für die Abschaffung der Integrierten Ge-  
151 samtschule einzusetzen.

152

153 Schüler Integrierter Gesamtschulen hinken ihren Kollegen auf dem dreigliedrigen Schulsystem oft meilenweit hin-  
154 terher (siehe PISA-E-Studie), auch ein stärkeres soziales Miteinander gibt es nicht.

155

156 Eine ähnlich ideologisch motivierte Forderung war die Schaffung des allgemeinpolitischen Mandats für die LSV. Dies  
157 lehnen wir ab, da sich unserer Meinung nach die LSV auf ihre Kernaufgaben - die Schülervertretung - konzentrieren  
158 sollte. Wir begrüßen, dass der Landesschulsprecher hier unsere Meinung teilt.

159

## 160 8. Leistungsgerechtigkeit fördern

161

162 Die Hessische Landesregierung hat mit der geplanten Einführung des sogenannten Landesabiturs, dem Einführen  
163 zentraler Prüfungen in den Realschulen, der Ausweitung der Vergleichsarbeiten in allen Jahrgangsstufen und der  
164 langfristigen Einführung des "G12" (Abitur nach 12 Gymnasialjahren) dafür gesorgt, dass Hessens Schüler endlich  
165 wieder mit den Kollegen aus anderen Bundesländern verglichen werden und "Ausgebildet in Hessen" wieder zum  
166 Qualitätsprädikat wird.

167

168 Die ehemals linksextremistische Landesschülervertretung hat in beispiellosen Hetzkampagnen ("Ab sofort seid ihr  
169 alle gleich") in der Vergangenheit gegen die Landesregierung mobil gemacht. Hier fordern wir eine klare Wende im  
170 Handeln!

171

172 Der Landesschulsprecher ist daher aufgefordert, der Kultusministerin zu den oben aufgeführten Beschlüssen zu gra-  
173 tulieren und innerhalb der Schülerschaft über die Sinnhaftigkeit der Beschlüsse zu informieren.

174

## 175 8. Bekennung zu den christlichen Grundwerten verwirklichen

176

177 Das Hessische Schulwesen und dessen gesamter Erziehungsauftrag "beruht auf humanistischer und christlicher  
178 Tradition" (§2, Abs. 1 des Hessischen Schulgesetzes). Wer den christlichen Bezug im Unterricht erstrebt, verteidigt  
179 also keine Gesinnung, sondern geltendes Recht.

180

181 Dieses Recht wurde in der Vergangenheit von der linksextremistisch ausgerichteten Landesschülervertretung entwe-  
182 der komplett ignoriert oder sogar verhöhnt. So forderte der ehemalige LSV-Vorstand die Abschaffung des Religions-  
183 unterrichtes. Aber auch der neue Landesschulsprecher Martin Griga sprach sich in einem Antrag zum Januar-LSR  
184 2004 "gegen jegliche religiöse Symbole in Klassenräumen und das Tragen von diesen durch Lehrkräfte" aus. Griga  
185 wirbt weiter für eine "multikulturelle Toleranz" und behauptet, die Schule sei ein Ort "der Neutralität gegenüber Reli-  
186 gionen".

187

188 Die Schüler Union Hessen bedauert, dass der Landesschulsprecher hier dem Hessischen Schulgesetz widerspricht  
189 und sich mit der "multikulturellen Toleranz" einem Sprachgebrauch bedient, von dem sich inzwischen selbst ehema-  
190 lige Ökotalinisten in der Bundespolitik distanzieren.

191

192 Wir fordern hier den Landesschulsprecher auf, seine Meinung grundlegend zu ändern und für die Verwirklichung des  
193 §2 des Hessischen Schulgesetzes einzutreten.

194

195 9. Wahlkämpfe unterlassen

196

197 Die ehemals linksextremistisch orientierte Landesschülervertretung betrieb in der Vergangenheit immer wieder in  
198 verstärkter Form Landtagswahlkampf. So bekannte sich die ehemalige Landesschulsprecherin Silke Ritter offen dazu,  
199 Landtagswahlkampf als ihre Aufgabe innerhalb der Landesschülervertretung zu sehen (in einem Rundbrief an alle  
200 Kreisschülerräte Ende 2002).

201

202 Das kann nicht sein! Die Landesschülervertretung ist das Gremium in Hessen, dass alle Schüler vertreten soll. Natür-  
203 lich kann es die LSV hierbei nicht jedem Schüler recht machen, aber das Einmischen in Landtagswahlkämpfe halten  
204 wir für eine Verletzung der politischen Spielregeln.